V-31-001

Solidarität mit den Menschen im Iran, die für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Rechtsstaat kämpfen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Antragsteller*in: Omid Nouripour (Frankfurt KV)

Änderungsantrag zu V-31

1. Bündnis 90 / Die Grünen stehen an der Seite der mutigen Iranerinnen und Iraner, die unter anderem während der jüngsten Protestwelle für ihre Rechte kämpfen.

Sie äußern den Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit, kämpfen gegen Verarmung und soziale Not,für Meinungsfreiheit,für Religionsfreiheit,das Recht, friedlich zu demonstrieren und die Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Die Bundesregierung muss prüfen, wie sie die Arbeit von MenschenrechtsverteidigerInnen und AktivistInnen im Iran unterstützen kann. Dazu gehört eine großzügige Aufnahme von politisch Verfolgten.

2. Ausdrücklich unterstützen wir die Forderung der Protestierenden, statt der mit Millionensummen betriebenen regionalen Destabilisierungspolitik des Iran, darunter der Unterstützung von Gruppen wie Hamas und Hizbollah, und seinen Drohungen gegen Israel alle Kraft darauf zu verwenden, den Iran zu einem sozial gerechten und demokratischen Staat umzugestalten. Das wäre auch ein bedeutender Beitrag für den Frieden im Nahen Osten. Wir fordern die Bundesregierung zu einer aktiveren Rolle in der Nahost-Diplomatie auf, wo der Konflikt zwischen dem Iran und Saudi-Arabien in vielen Ländern mit dramatischen Folgen ausgetragen wird. Dazu gehört es auch, dem unter dem Vorwand iranischer Einmischung betriebenen Krieg Saudi-Arabiens im Jemen entgegenzutreten.

In diesem Kontext stehen wir Grüne auch für die Aufrechterhaltung des Nuklearabkommens ein. Dieser wichtige diplomatische Erfolg im Kampf gegen die nukleare Aufrüstung muss gewahrt blieben, so lange der Iran sich an seine Verpflichtungen hält.

3. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich gemäß ihrer eigenen Werte für diejenigen einzusetzen, die soziale Gerechtigkeit, Demonstrationsfreiheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit sowie die Gleichberechtigung von Frauen im Iran fordern.

Sie muss Aufklärung darüber leisten, in welchem Maß der Iran in Deutschland iranische Oppositionelle bespitzelt und bedroht und diese Aktivitäten bekämpfen. Die Verbesserung der Beziehungen nach Abschluss des Nuklearabkommens darf kein Vorwand sein, um bei Menschenrechtsverletzungen zu schweigen.

weitere Antragsteller*innen

Stephan Bischoff (Magdeburg KV); Golaleh Ahmadi (Berlin-Spandau KV); Marcel Ernst (Göttingen KV); Sarah von Hagen (Waldeck-Frankenberg KV); Bennet Müller (Aalen-Ellwangen KV); Sebastian Pewny (Bochum KV); Dominic Hallau (Bielefeld KV); Tilmann Holzer (Berlin-Mitte KV); Matthias Münz (Frankfurt KV); Marcel Rohrlack (München KV); Martin Wilk (Berlin-Kreisfrei KV); Paula Louise

Piechotta (Leipzig KV); Laura Brehme (Berlin-Tempelhof/Schöneberg KV); Simon Rock (Siegen-Wittgenstein KV); Thorsten Freers (Berlin-Pankow KV); Nina Eisenhardt (Frankfurt KV); Ali Mahdjoubi (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ottmar von Holtz (Hildesheim KV); Felix Martin (Werra-Meißner KV); Neda Noraie-Kia (Düsseldorf KV)